Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “Mehr” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (MB/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Politik mit Marktbeteiligung – Der Markt hat immer recht
2. Die Hehler des flüchtigen Geldes
3. Marionette Mappus: Wie eine Investmentbank einen Regierungschef steuerte
4. Demographischer Wandel und Generationengerechtigkeit – Seichte Modebegriffe mit knallharter Botschaft
5. Antikorruptionsabkommen
6. Berliner Trickkiste
7. Vom Unsinn der Zinsverschwörungstheorie
8. Ikea verkauft Marke intern um neun Milliarden Euro
9. Autoexperte warnt vor schwerer Autorezession
10. Warnen statt prüfen
11. Die Macht der Meinungsmacher – Wie Ratingagenturen staatliche Verschuldungsdynamiken beeinflussen (können)
12. Jede Ernsthaftigkeit verloren gegangen
13. Die Rente: Ein gigantisches legales Schneeballsystem
14. Preise für Lebensmittel steigen stark an
15. Der Etiketten-Schwindel
16. Modernisierungskonzept der Bundeswehr: Veraltete Waffen für den Krieg von morgen?
17. Waffen sind nicht ethisch neutral
18. Karrieresprung nach fast 100 Toten von Kunduz
19. Sigmar Gabriel: Merkel und Wagenknecht fehlt der Mut zur Politik
20. Tipp: Augustausgabe Le Monde diplomatique

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Politik mit Marktbeteiligung – Der Markt hat immer recht**
   Für politische Entscheidungen gilt heute die Maxime: Bloß die Märkte nicht nervös machen. Wir leben in einer Finanzdemokratie, in der uns das Demokratische immer mehr abhandenkommt.

Der Markt“ ist seit dem Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2007 zu einem gebräuchlichen Euphemismus für alles geworden. Stets muss er bewahrt werden, sei es vor zu viel oder zu wenig Rettung. In bisher nicht gekannter Ambivalenz scheint das politische Personal der Bundesrepublik Deutschland damit beschäftigt, jegliche Entscheidungen von diesem Markt abhängig zu machen. Seinen vorläufigen Höhepunkt erreichte der Marktfetischismus jüngst mit der Forderung, das Bundesverfassungsgericht möge doch bitte schneller entscheiden, damit „die Märkte“ nicht in Aufruhr versetzt würden.
Die vom Volke gewählten Politiker haben durch die Existenz des Marktes scheinbar nicht nur keine Wahl mehr in ihren Handlungen, sie werden zugleich auch von jeglicher Verantwortung entlastet. Wenn Angela Merkel betont, die Kanzlerin aller Deutschen sein zu wollen und Deutschland zu dienen, dann tut sie dies mittlerweile durch die Beruhigung der Märkte, denn sie weiß: „Der Markt hat immer recht.“
Quelle: FAZ

Anmerkung MB: *Und wieder erscheint einer der ineressantesten Kommentare im Feuilleton.*

dazu: Die rote Liste der gefährdenden Arten
Von Marco Herack steht heute ein provokanter Aufmacher im Feuilleton der FAZ, interessant genug, hier die Diskussion zu vertiefen.
Quelle: Wiesaussieht

2. **Die Hehler des flüchtigen Geldes**
   Nordrhein-Westfalen soll neue CDs mit Daten mutmaßlicher deutscher Steuerhinterzieher in der Schweiz angekauft haben – und mal wieder ist der Aufschrei in gewissen Kreisen groß. Neu ist allerdings, dass sich diesmal nicht die FDP als Erste zu Wort gemeldet hat. Es war die Piratenpartei. Deren Fraktion im Düsseldorfer Landtag meint, NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans habe nicht nur „kein Interesse an rechtsstaatlichen Grundprinzipien“, sondern würde zudem das Steuerabkommen mit der Schweiz gefährden. Damit würde die Politik des Bundes „massiv torpediert“. Und das geht nun wirklich nicht!
   Die Partei ist jung, ihr Lamento altbekannt. Es läuft stets auf dasselbe hinaus: kriminelle Millionäre vor Strafverfolgung zu schützen. Zu nichts anderem würde auch das von der Bundesregierung ausgehandelte Abkommen führen, dessen Ratifizierung Walter-Borjans bislang im Bundesrat blockiert. Als „Freifahrtschein für Steuerhinterzieher“ hat es der Sozialdemokrat treffend bezeichnet.
   Quelle: taz

Anmerkung JB: *Dafür haben viele Wähler ihr Kreuz sicher nicht bei den Piraten gemacht.*

Dazu: NRW schlägt wieder zu – und erwischt die UBS
Laut Insiderinformationen hat die in spektakulären Fällen erprobte Steuerfahndung Wuppertal die Daten der UBS erworben. Von einem "ganz dicken Ding" ist die Rede. Zudem haben die Fahnder des Finanzamtes Aachen bei einer weiteren Schweizer Bank zugeschlagen. Neben Kontenverbindungen gehe es bei der UBS auch um Stiftungen, die deutsche Kunden zur Steuerhinterziehung nutzten, sagte ein Informant aus dem Umfeld des Finanzministeriums in Düsseldorf der FTD.
Der UBS drohen durch den Ankauf ein erhebliche Imageschaden und Strafzahlungen. Die Steuerstreitigkeiten der Schweizer Bank hatten sich bislang auf die USA konzentriert. Aus dem Steuerstreit mit deutschen Behörden hatte sich die UBS dagegen bisher weitgehend heraushalten können. Damit es ist nun vorbei.
Quelle: FTD

Quelle: Harm Bengen

3. **Marionette Mappus: Wie eine Investmentbank einen Regierungschef steuerte**
   Der Rückkauf der EnBW-Aktien ist für Stefan Mappus zu einem persönlichen Desaster geworden. Parteifreunde distanzieren sich. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen ihn wegen des Verdachts auf Untreue. Selbst eine zweite Karriere außerhalb der Politik ist ihm dadurch bis auf Weiteres unmöglich geworden. Die Vorwürfe wiegen schwer: Mappus habe das Parlament umgangen und Baden-Württemberg für die Aktien einen viel zu hohen Preis bezahlt. Vor allem aber wurde deutlich, wie Mappus von seinem Freund Dirk Notheis, Ex-Chef der Investbank Morgan Stanley, gelenkt wurde. Notheis gab Mappus per E-Mail genaue Anweisungen, wie er sich bei den Verkaufsverhandlungen, auf Pressekonferenzen und vor dem Parlament zu verhalten habe.
   Quelle 1: SWR (Einleitungstext)
   Quelle 2: SWR [mp3 – 25.3 MB]
4. **Demographischer Wandel und Generationengerechtigkeit – Seichte Modebegriffe mit knallharter Botschaft**
   Der Wirtschaftswissenschaftler und Publizist Dr. Christian Christen hat über die Politische Ökonomie der Alterssicherung promoviert. In seinem Gastbeitrag für Wirtschaft und Gesellschaft räumt er mit gängigen Vorurteilen und populistischen Behauptungen in der Debatte über den Demographischen Wandel und den

vermeintlichen Kampf der Generationen auf und erklärt die für das Verständnis einer funktionsfähigen Alterssicherung zentralen Zusammenhänge und Entwicklungen. Wie notwendig das ist, hat heute gerade wieder ein unsäglich dummer Beitrag von David Böcking auf Spiegel online gezeigt.
Quelle: Wirtschaft und Gesellschaft

5. **Antikorruptionsabkommen**
   a. **Deutschland macht's wie der Sudan**
   Die Unionsfraktion lässt sich nicht zur Ratifizierung eines internationalen Antikorruptionsabkommens drängen. Auch nicht durch Druck der deutschen Großkonzerne
   Quelle: taz
   b. **Deutschlands Nichts-Tun ist beschämend**
   Schwarz-Gelb kann sich nicht dazu durchringen, das internationale Korruptionsabkommen zu unterzeichnen. Das ist schwer nachvollziehbar – und ein fatales Signal.
   Vor neun Jahren haben sich viele Länder auf eine Wertevorstellung verständigt, die hierzulande als selbstverständlich gilt: Es ist nicht akzeptabel, dass Amtsträger und Politiker ihre Position missbrauchen, um sich zu bereichern. Mehr als 160 Staaten haben das Abkommen unterzeichnet und Korruption unter Strafe gestellt. Nur wenige Namen fehlen auf der Liste. Saudi-Arabien etwa oder Syrien – und Deutschland.
   Hierzulande muss jeder kleine Beamte Konsequenzen fürchten, wenn er einen Kugelschreiber annimmt. Wenn aber ein Abgeordneter irgendwem für bestimmte Gegenleistungen Posten verspricht, ist das erstmal nicht illegal. Die Überarbeitung des Paragrafen, der die Rechte und Pflichten der Abgeordneten regelt, ist überfällig.
   Quelle: Tagesspiegel
   c. **Anti-Korruptionsabkommen – 30 Konzernchefs machen Druck auf Bundesregierung**
   Mehr als 160 Staaten haben die UN-Konvention gegen Korruption ratifiziert. Deutschland nicht. Damit steht Deutschland in einer Reihe mit Syrien und Saudi-Arabien. 30 Konzernchefs wollen das nicht länger dulden – und haben einen Appell an die Regierung geschickt…
   Die schwarz-gelbe Koalition blockiert bislang die Ratifizierung. Begründet wird dies mit dem im deutschen Recht unzureichend geregelten Straftatbestand der Abgeordnetenbestechung. Durch eine Verschärfung würden die Parlamentarier nach Ansicht von Union und FDP in der freien Ausübung ihres Mandats gehindert.

Die Konzernchefs riefen das Parlament auf, mit einer Neuregelung nicht länger zu warten. „Integre Abgeordnete brauchen sich vor schärferen Regelungen nicht zu fürchten“, wird gemahnt.
Quelle: FAZ

Anmerkung WL: *Es ist geradezu peinlich, dass Konzernchefs die schwarz-gelbe Koalition auffordern müssen das Anti-Korruptionsabkommen endlich zu unterzeichnen. Da müssen also die potentiellen Bestechenden die Korrumpierbaren auffordern, sich endlich an Regeln zu halten. Wie viel Angst müssen CDU/CSU und FDP-Abgeordnete haben, dass ihre profitablen Nebeneinnahmen auch nur ein wenig transparenter werden oder etwas weniger werden.*

6. **Berliner Trickkiste**
   Noch während über eine Gerechtigkeitslücke bei der Energiewende diskutiert wird, verteilt die Regierung Steuergeschenke an Unternehmen.
   Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit, ist die Bundesregierung dabei, der deutschen Wirtschaft ein Milliardengeschenk zu machen. Ausgerechnet während der Debatte darüber, wie gerecht oder ungerecht die Energiewende ist, will Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) bei der EU-Kommission in Brüssel beantragen, der deutschen Industrie vom nächsten Jahr an erneut Energiesteuern in Höhe von jährlich 2,3 Milliarden Euro zu erlassen. Ohne Not – und quasi ohne wirkliche Gegenleistung, wie der Regierung von Experten bescheinigt wurde. Schwarz-Gelb ist dabei, die nächste »Mövenpick-Steuer« in die Welt zu setzen. Diesen wenig schmeichelhaften Beinamen erhielt die 2010 auf Drängen der FDP zustande gekommene Entscheidung, den Mehrwertsteuersatz für Hotelübernachtungen von 19 Prozent auf 7 Prozent zu senken; zuvor waren umfangreiche Wahlkampfspenden der Hotelkette Mövenpick an die Liberalen bekannt geworden.
   Quelle: ZEIT
7. **Vom Unsinn der Zinsverschwörungstheorie**
   Wenn hochkomplexe Materie auf Halbwissen trifft, lassen die Untergangspropheten nicht lange auf sich warten
   In letzter Zeit rumort es in den Foren und an den Stammtischen des Landes, denn es finden sich immer mehr Erleuchtete, die den wahren Grund der Finanzkrise zu kennen glauben.
   Es wird eifrig gebloggt, getwittert, gepostet, Bücher verteilt und Videos zitiert, um dem staunenden Volk die Augen zu öffnen. Meistens bemüht man dabei Quellen, die

von einer zentralen Annahme ausgehen: Das verzinste Kreditsystem der Finanzelite ist eine globale Verschwörung, die Reiche immer reicher und Normalbürger immer ärmer macht. […]
Ohne Zweifel hat diese stringente und logisch klingende Theorie einen gewissen Charme, sie greift aber durch ihre Simplizität viel zu kurz und skizziert ein völlig verzerrtes Bild eines Systems, das sich in jedem Kulturraum als zentraler Eckpfeiler moderner Zivilisationen bewährt hat. […]
Die diskutable Problematik dabei ist, dass seitens der Politik die Regulation der Giralgeldschöpfung sträflich vernachlässigt wurde, wodurch dem exponentiellen Geldmengenwachstum keine Grenzen gesetzt waren. Geeignete wirtschaftspolitische Instrumente wären jedoch sehr wohl vorhanden, und wenn diverse Autoren dies leugnen und das Geldsystem von vornherein als Verschwörungskonstruktion verteufeln, dann tragen sie damit nicht zur Aufklärung der Gesellschaft bei, sondern bloß zur Auflagensteigerung ihrer Bücher.
Quelle: derStandard.at

Anmerkung JB: *Schön, dass sich der Standard auch einmal dieses Thema vornimmt. Leider ist dem Autoren jedoch ein kleiner Fehler unterlaufen. Selbst wenn es zeitweise durchaus so wirken mag, ist die Geldmenge keinesfalls exponentiell gewachsen (warum auch?) – alleine die Verwendung dieses Begriffs nährt genau die Zinsverschwörungstheorien, die der Autor eindämmen will.*

Zum Thema auf den NachDenkSeiten: „Kritik an der Zinskritik“ und „Stellungnahme zum Artikel „Kritik an der Zinskritik“

8. **Ikea verkauft Marke intern um neun Milliarden Euro**
Die Marke Ikea ist nach Einschätzung des schwedischen Möbelkonzerns selbst neun Milliarden Euro wert. Ikea verkaufte die Rechte an der Marke an eine eigene Tochterfirma und schrieb diese Summe in die Bücher, wie das Unternehmen am Donnerstag mitteilte. Ikea besteht aus einem komplizierten Firmengeflecht. Den Angaben zufolge verkaufte die Stiftung Interogo in Liechtenstein den Markennamen bereits am 1. Jänner an Inter Ikea Systems. Ziel sei, “die Unternehmensstruktur zu stärken und zu vereinfachen”, sagte Sprecher Anders Bylund von Inter Ikea Systems der Nachrichtenagentur AFP.
Quelle: derStandard.at

Anmerkung JB: *Und damit kann Ikea Systems mit Sitz in den Niederlanden neun Milliarden Euro steuerrechtlich abschreiben und die Liechtensteiner Stiftung erzielt Einnahmen in gleicher Höhe, auf die keine Steuern anfallen. Ein Schelm, wer dabei an*

eine groß angelegte „Steuervermeidung“ denkt.

9. **Autoexperte warnt vor schwerer Autorezession**
   Die Schuldenkrise wird für Europas Autoindustrie immer mehr zum Mühlstein. Westeuropas Automärkte drohen nach Einschätzung des Branchenexperten Ferdinand Dudenhöffer in eine tiefe Rezession zu stürzen. „Das Jahr 2013 wird nach unserer Prognose die schlechtesten Autoverkäufe seit 1993 bringen“, heißt es in einer Studie des von Dudenhöffer geleiteten Center Automotive Research (CAR) der Uni Duisburg-Essen.
   Quelle: t-online-Nachrichten

   Anmerkung unseres Lesers H.H.: *Als Hauptgrund für den einbrechenden Konsum nennt der „Experte“ die „zunehmende Unsicherheit wegen der Staatsverschuldung in Süd- und West-Europa“. Dabei ist es doch seit Jahren bekannt, dass die Autos, insbesondere die der Deutschen immer länger gefahren werden. Auf die Idee, dass die Zurückhaltung beim Konsum vielleicht mit der Lohn- und Gehaltsentwicklung in Zusammenhang steht, kommt Herr Dudenhöffer natürlich nicht. Aber Hauptsache VW ist gut für die Krise gewappnet. Andernfalls wäre ja sofort der „Standort Deutschland“ in Gefahr.*

   Ergänzende Anmerkung JB: *Wenn man sich mit wohlgesinnten Leuten aus der Automobilbranche unterhält, erntet man beim Namen „Dudenhöffer“ stets ein genervtes Augenrollen. Das hat offensichtlich einen guten Grund.*

10. **Warnen statt prüfen**
    Jede Broschüre eines Fonds muss von der BaFin zugelassen werden – aber es geht dabei nur um eine rein formale Analyse.
    Quelle: TAZ

    Anmerkung Orlando Pascheit: *Tja die BaFin, sie ist wohl immer erst da, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist. So kündigte BaFin-Chefin Elke König unlängst harte Strafen für Banken an, die sich an den Zinsmanipulationen (Libor) beteiligt hätten. Wie schön wäre es zu hören gewesen: Wir sind schon seit den ersten Gerüchten (vor Jahren) am Ball und werden demnächst zuschlagen.*

11. **Die Macht der Meinungsmacher – Wie Ratingagenturen staatliche Verschuldungsdynamiken beeinflussen (können)**
    Jede Kreditvergabe durch rational handelnde Kreditgeber gründet immer auf einer Einschätzung der Bonität des Kreditnehmers. Hierzu bedarf es verlässlicher

Informationen. Dies gilt auch, wenn der Kreditnehmer keine Privatperson oder ein Unternehmen sondern ein souveräner Staat ist. Infolge der Emission staatlicher Schuldverschreibungen entstand somit eine Nachfrage nach Informationen über die Kreditwürdigkeit souveräner Staaten. Dass diese gegenwärtig lediglich von einer Handvoll Ratingagenturen befriedigt wird,[2] mag als Indiz für die Realisierbarkeit von Skaleneffekten bei der Beschaffung, Aufbereitung oder Deutung derartiger Informationen dienen. Entscheidender für die oligopolistische Struktur des Marktes für Ratings erscheinen jedoch die marktformkonservierenden Wirkungen von über die Zeit aufgebauten Reputationseffekten und staatlichen Regulierungsmaßnahmen.
Quelle: Ökonomenstimme

12. **Jede Ernsthaftigkeit verloren gegangen**
Die Commerzbank und andere deutsche Finanzinstitute steigen aus dem Markt für Lebensmittelspekulation aus – die Deutsche Bank nicht, wie die NGO foodwatch kritisiert
Quelle: Telepolis
13. **Die Rente: Ein gigantisches legales Schneeballsystem**
Die Rente ist sicher! – Norbert Blüm (CDU), ehemaliger Arbeitsminister
Es stellt sich die Frage, ob „unser“ Norbert Blüm diese Aussage damals ernst gemeint hat. Wenn ja, zweifle ich ernsthaft an seinem Verstand, wenn nein, hat er uns gründlich hinters Licht geführt. Es ist hinlänglich bekannt, dass die Rentensysteme von den arbeitenden Jungen für die gleichzeitig lebenden Älteren bezahlt werden. Hierzu benötigen wir jedoch immer mehr Junge, da die Älteren immer älter werden.
Quelle: Telepolis

Anmerkung MB: *Was soll denn das bitte sein ?!? Verirrt sich nun verkappte Werbung für kommerzielle Rente auf Umwege auf das kritische Nachrichtenportal Telepolis? Die Krisensicherheit der gesetzlichen Rente wird ebenso unterschlagen wie die hohen Kosten kommerzieller Rentenprodukte. Die Bezeichnung Schneeballsystem trifft eindeutig eher auf die privatisierte Rente zu. Sollte dieser Buchautor kein Anheizer für ein kritisches Buch sein, ist dieser Artikel ein Tiefpunkt für Telepolis.*

14. **Preise für Lebensmittel steigen stark an**
Die Preise für Lebensmittel ziehen weltweit wieder an: Nach drei Monaten des Rückgangs stiegen die Preise im Juli um sechs Prozent an, besonders betroffen waren Getreide und Zucker, wie die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) am Donnerstag in Paris mitteilte. Dennoch lagen die Lebensmittelpreise im Durchschnitt noch deutlich unter den Rekordmarken vom Februar 2011.

Quelle 1: derStandard.at
Quelle 2: FAO Food Price Index up 6 percent

15. **Der Etiketten-Schwindel**
Das Zauberwort hieß „sozial“. Es war hübsch verpackt in einer Charta und sollte beruhigend wirken. Damit war der milliardenschwere Deal um den Verkauf der LBBW-Wohnungen im Februar 2012 an das private Patrizia-Konsortium schön geschrieben worden. Mieter sollten nicht über den Tisch gezogen werden. Maximal drei Prozent Erhöhung pro Jahr schienen festgeschrieben. Die Betonung lag jedoch auf einem anderen Zauberwort: Der Aufschlag galt „durchschnittlich“ für alle 21 500 Wohnungen. Einige dürfen auch drüber liegen. Schon erhalten die ersten Bewohner saftige Preisaufschläge von fast zehn Prozent.
Quelle: Kontext-Wochenzeitung
16. **Modernisierungskonzept der Bundeswehr: Veraltete Waffen für den Krieg von morgen?**
Militärkonflikte sind heute kaum mehr zwischen-, sondern innerstaatlich. Die Bundeswehr aber sei nach wie vor für Panzerabwehrschlachten mit der Sowjetunion gerüstet, so Militärexperten. Der Verteidigungsminister will das ändern, steckt aber in der Klemme – auch wegen seiner Vorgänger.
Quelle: Tagesschau

Anmerkung unserer Leserin S.S.: *Soll das heißen, dass die Bundeswehr jetzt für den innerdeutschen Einsatz ausgerüstet wird? Soll sie vermehrt in fremden Ländern in innere Konflikte (auch im Artikel: Guerilla-Kriege) involviert werden? Wird jetzt per Tagesschau-PR versucht, die bereits unter Köhler „geleakte“ Aufgabe der Bundeswehr zur Sicherung von Rohtstoffnachschub weiter im Bewusstsein der Bevölkerung verankert werden, damit wir noch möglichst lange auf Kosten der ärmeren Länder leben können? Was allein bis zur ersten Zwischenüberschrift zwischen den Zeilen impliziert wird (weiter konnte ich nicht lesen, da ich schon bis dahin unter Schnappatmung litt), ist kein Journalismus, sondern PR.*

17. **Waffen sind nicht ethisch neutral**
Der Verteidigungsminister will die Bundeswehr mit bewaffneten Drohnen ausstatten. Nach langem Zögern hat de Maizière nun auch öffentlich dargelegt, warum er den Einsatz solcher Kampfdrohnen für sinnvoll hält. Bewaffnete Drohnen seien besser, weil zielgenauer und zum Schutz von Soldaten im Feld unerlässlich, so der Minister.
Über diese Argumente lässt sich trefflich streiten. Von großer Ignoranz – oder schlimmer noch: Arroganz – zeugt allerdings de Maizières Versuch, der längst überfälligen Debatte den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem er das Vorhaben

bagatellisiert. Der Einsatz einer bewaffneten Drohne sei nichts Neues und unterscheide sich nicht vom Einsatz etwa einer Pistole. „Ethisch ist eine Waffe stets als neutral zu betrachten“, so der Minister.
Quelle: taz

passend dazu: Visualisierung des weltweiten Waffenhandels
Quelle: Workshop Chromeexperiments

Anmerkung: *Via Fefes Blog.*

18. **Karrieresprung nach fast 100 Toten von Kunduz**
Die geplante Beförderung von Oberst Klein macht nur deutlich, die Bundeswehr ist eine Armee wie jede andere geworden und nicht der bewaffnete Arm von Amnesty International
Normalerweise stößt die Beförderung eines Bundeswehroberst zum General in der Öffentlichkeit auf kein besonderes Interesse. Doch im Falle von Oberst Georg Klein ist die Aufregung groß. Schließlich war er befehlshabender Offizier beim Luftangriff auf Kunduz am 4. September 2009. Islamisten hatten zwei Tanklastwagen entführt, die aber im unwegsamen Gebiet feststeckten. Zahlreiche Einwohner der umliegenden Dörfer versammelten sich um die Tanklastwagen, um Benzin abzuzapfen. Sie stellten den größten Teil der 91 Toten und 11 Verletzten des Angriffs.
Quelle: Telepolis
19. **Sigmar Gabriel: Merkel und Wagenknecht fehlt der Mut zur Politik**
In der Debatte um den Rettungsschirm herrscht schwarz-dunkelrote Einigkeit: Merkel und Wagenknecht drücken sich vor der Verantwortung: Versteckspiel hinter Finanzinstitutionen statt Mut zur Politik.
Quelle: Welt

Anmerkung MB: *Ausgerechnet in Springer´s „Welt“ versucht sich der SPD-Vorsitzende als kompetenter Kritiker und möchte uns vergessen machen, dass seine Partei in Regierungsverantwortung zuerst für die Ursachen dieser Zustände mitverantwortlich war und später zuerst die Klappe groß aufriss und dann den Schwanz einzog. Und erneut wird die Zeit kommen, wenn Gabriel & Co. zwischen den Zeilen um die Position des Juniorpartners bei Merkels Union schleimen werden.*

20. **Tipp: Augustausgabe Le Monde diplomatique**
Ende 2014 werden die internationalen Kampftruppen nach 13 Jahren aus AFGHANISTAN abziehen. Laut Plan sollen einige Militärberater aus den USA und der Nato bleiben, auf unbestimmte Zeit. Die Anwesenheit fremder Truppen kennt das

Gebirgsland an der Schnittstelle zwischen Süd- und Zentralasien schon lange: Im 19. Jahrhundert waren es u.a. die Briten, im 20. Jahrhundert folgten Russen und Amerikaner plus deren Verbündete.
Wie Afghanistan zum Schauplatz des Konkurrenzkampfs zwischen den Supermächten USA und Sowjetunion wurde, ist mehr oder weniger bekannt.
Doch wer erinnert sich im Westen an Mohammed Nadschibullah, der von vielen Afghanen heute noch verehrt wird? Christian Parenti erzählt die vergessene Geschichte der afghanischen Kommunisten.

Weitere Themen der aktuellen Ausgabe

Bislang hat das KÖNIGREICH JORDANIEN die Folgen der lokalen Kriege gut verkraftet. Doch unter dem Ansturm der Flüchtlinge aus Syrien helfen die alten Rezepte nicht mehr. Hana Jaber schildert den allmählichen Verfall der Haschimiten-Dynastie.

ANTONIO GRAMSCIS ? Gefängnishefte ? gehören zu den bedeutenden politischen Schriften des 20. Jahrhunderts. Von der Rätebewegung Europas bis zu Indiens postkolonialen Subaltern Studies wurden Gramscis Ideen begeistert aufgenommen und umgesetzt, berichtet Ramzig Keucheyan.
Am Freitag, den 11. August liegt die Zeitung der taz bei.

Ab dem 12. August gibt es sie separat am Kiosk.
Quelle: Le Monde diplomatique